

Postulat Fraktion SP (Gisela Vollmer, SP): Günstigen Wohnraum im Bestand erhalten

Ausgangslage

In den Wohnungen der 40er, 50er und 60er Jahre wohnt ca. ein Drittel der Bevölkerung. Ein Teil der Gebäude wurden bereits saniert oder abgerissen. Darunter befinden sich auch städtische oder genossenschaftliche Siedlungen mit Stadtbeteiligung. Da in diesem Segment der grösste Sanierungsbedarf besteht, wird in den nächsten Jahren der Druck auf diese Wohnungen extrem gross werden. Erfahrungsgemäss sind damit meist massive Mietzinssteigerungen verbunden, insbesondere dann, wenn die bisherige Bausubstanz abgerissen und mit Neubauten ersetzt wird. Zwar kann damit in Einzelfällen der Wohnungsbestand leicht erhöht werden, doch meist zu einem für die bisherigen Bewohner nicht mehr zahlbaren Preis. Die massive Zunahme der sozialpolitisch begründeten städtischen Wohnkostenbeiträge (heute 30 Mio./Jahr) bestätigt diese Entwicklung deutlich.

Problem

Einerseits nimmt die Bevölkerung vielleicht schneller zu als prognostiziert und andererseits ist der Neuwohnungsanteil pro Jahr noch immer zu tief (Stadt Bern, 2014 - 355 neue Wohnungen). Bereits bei einer vorsichtigen und sanften Sanierung muss mit einer massiven Erhöhung des Mietzinses gerechnet werden. Bei Abriss und Neubau steigt der Mietzins noch wesentlich mehr. Da in diesen Wohnungen möglicherweise viele Menschen mit relativ tiefen Einkommen wohnen, führt dies entweder zum Wohnungswechsel oder zu Mietzinssubventionen.

Weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, möglichst schnell zu prüfen, wie er seine Wohnbau- und Wohnungspolitik zwecks Verhinderung von unerwünschten Mietzinssteigerungen nach folgenden Gesichtspunkten anpassen kann:

1. Wohnbausiedlungen sollen soweit möglich und vertretbar nur sanft saniert werden, auch wenn dadurch der neuste Ausbau-Standard nicht erreicht werden kann.
2. Mit sogenannten sanften Sanierungen sollen auch die Anforderungen eines sorgfältigen Umgangs mit der Baukultur (z.B. Tscharnergut, Waldmannstrasse) zudem besser berücksichtigt werden können.

Bern, 05. November 2015

Erstunterzeichnende: Gisela Vollmer

Mitunterzeichnende: Ingrid Kissling-Näf, Marieke Kruit, Michael Sutter, Lena Sorg, Stefan Jordi, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Nora Krummen, Nadja Kehrl-Feldmann, Katharina Altas, Patrizia Mordini, Peter Marbet